



Seattle-NY-Brasil-London-France-Berlin-Prague-Israel-Sydney...

unabhängiges medienzentrum

ATTACke wogegen?

Gent: Mehrere Tausend gegen EU-Gipfel

Von: *des frites pour tous*
20.10.2001 01:06

Im belgischen Gent demonstrierten am Freitag mehrere tausend Leute mit verschiedenen Demonstrationen und Aktionen gegen den dort tagenden EU-Gipfel.

[...] Etwa 300 Leute bereiteten z.B. Berlusconi am Flughafen einen unfreundlichen Empfang, rund 1.000 Leute aus dem anarchistischen Spektrum zogen in einer Pink-Green-Parade durch die Straßen, am Abend fand eine Demonstration mit mehreren tausend Leuten statt, zu der ein breites Spektrum aufgerufen hatte. Unter den Demonstranten befand sich auch der Vorsitzende der belgischen Grünen, der von anderen TeilnehmerInnen für die Zustimmung seiner Partei zum NATO-Kriegs mit einer Torte in der Visage bedacht wurde. [...]

Stopp Berlusconi - Aktionswochenende 12./13. Oktober 2001

imc nürnberg

Die CSU freute sich an ihrem diesjährigen Parteitag in Nürnberg auf den ital. Staatspräsidenten Silvio Berlusconi, der jedoch kurzfristig absagte..

In Nürnberg (der Stadt der Parteitage ?) hatte sich ein breites Bündnis gebildet, um Berlusconi, Stoiber & co etwas entgegenzusetzen. An einer bundesweiten Demonstration nahmen etwa 2000-3000 Menschen teil. [...]

Der Widerstand sah sich im Vorfeld massiver Medienhetze und Kriminalisierung gegenüber.
<http://de.indymedia.org/2001/10/8758.html>

wir wollen keine spaltung
19.10.2001 18:13

Vom 19. bis zum 21. Oktober findet in Berlin ein Kongreß statt, der von Attac als „Treffpunkt der globalisierungskritischen Bewegung“ angepriesen wird. Damit wird jedoch verschwiegen, daß Attac noch lange nicht die gesamte Bewegung ist, und daß es eine antikapitalistische Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung gibt, die sich bewußt gerade als Gegenstück zu manch regierungsberatenden Nichtregierungsorganisationen (NGOs) gegründet hat.

Der Name des 1998 in Frankreich entstandenen Netzwerks Attac klingt kämpferisch, doch die Übersetzung aus dem Französischen ist profan: „Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen im Interesse der BürgerInnen“. Gegründet wurde der deutsche Ableger des internationalen Netzwerks erst am 22. Januar 2000 in Frankfurt Main (als „Netzwerk für die demokratische Kontrolle der Finanzmärkte“). Bei der Gründung mit dabei waren unter anderen die ökumenische Organisation Kairos, die Nichtregierungsorganisation WEED und der Verband share, der aus jungen X1000malquer-AktivistInnen aus Verden bestand (share ist mittlerweile vollständig in Attac aufgegangen). Seither erfährt das Netzwerk sehr viel Zulauf, insbesondere nach Genua hat sich die Mitgliederzahl laut Eigenangaben vervielfacht auf 2000.

GründerInnen von Attac, beispielsweise das Observatoire de la Mondialisation und die Zeitung Le Monde Diplomatique, waren bereits vorher aktiv, beispielsweise in

der Kampagne gegen das Multilaterale Abkommen über Investitionen (MAI). Auch dort fielen sie manchmal durch staatstragende Forderungen auf und der schiefen Analyse, die bösen Konzerne würden den guten Regierungen eine profitorientierte Politik auferlegen.



Demo gegen CSU in Nürnberg

Leider verwechseln KritikerInnen der Globalisierungsbewegung diese Äußerungen von NGO-VertreterInnen mit der gesamten Bewegung und sehen den antikapitalistischen Teil der Bewegung (en) nicht. „Zentrale der deutschen Globalisierungskritiker“ schreibt die Zeit, und Attac-Funktionäre machen diese fälschliche Gleichsetzung hie und da auch in ihrer Pressearbeit mit und lassen Attac als gleichgesetzt oder als „Kerngruppe der Kritiker“ (Horst-Eberhard Richter) darstellen. Attac hat dank der regierungsnahen Politik der NGOs gute Kontakte zu Medien und Behörden, während antikapitalistische Kräfte oft in den Medien sehr schnell einseitig als gewaltbereiter „Black Block“ denunziert werden. Und auch VertreterInnen von Attac machten dieses Teile-und-Herrsche-Spielchen mit: Susan George (Vizepräsidentin von Attac Frankreich und Starrednerin auf dem Berliner Attac-Kongreß) schrieb einen distanzierenden Text über die Proteste in Göteborg, Peter Wahl (NGO WEED, Weltwirtschaft, Umwelt und Entwicklung) hetzte

Polizeirazzia gegen Online-DemonstrantInnen

Sven Maier 17.10.2001 15:10

Nach Online-Demonstration gegen www.lufthansa.com: Polizeirazzia bei AbschiebegegnerInnen.

Beamte der politischen Polizei brauchen heute morgen in Frankfurt a.M. die Büroräume der Initiative Libertad! auf und beschlagnahmten sämtliche Computer sowie zahlreiche Festplatten, CD's und Dokumente. Ebenfalls durchsucht wurde die Wohngemeinschaft des Verantwortlichen der von der Gruppe betriebenen Internetdomains libertad.de und sooderso.de. Auch hier nahmen die Beamten sechs Computer sowie über hundert CD's mit.

Hintergrund ist eine Online-Demonstration, zu der die Initiative Libertad! am 20. Juni dieses Jahres aufgerufen hatte, um gegen Abschiebungen mit der Deutschen Lufthansa AG zu protestieren. Laut Durchsuchungsbeschluss des Amtsgerichts Frankfurt beteiligten sich am 20. Juni 13.614 Menschen an der Internet-Aktion.

Weil der Lufthansa durch die über 1,2 Millionen Seitenaufrufe nicht näher ausgewiesener wirtschaftlicher Schaden entstanden sei, wertet die Polizei die Online-Aktion als „Nötigung“ und die Erklärung, mit der 150 Menschenrechtsgruppen und Flüchtlingsräten zu dem Protest aufgerufen hatten, als „Anstiftung zu Straftaten“.

„Das ist ein Angriff auf die Demonstrationsfreiheit“, erklärte heute morgen Anne Morell, die die Online-Demo schon am 10. Mai 2001 beim Ordnungsamts Köln ordnungsgemäß angemeldet hatte. „Es ist skandalös, dass 13 000 DemonstrantInnen zu Kriminellen gestempelt werden, während gleichzeitig ein Unternehmen, das aus Abschiebungen Profit schlägt, im Internet ihren Geschäften nach-

Fortsetzung S.2

ATTACke... Forts.

in der taz gegen Militanz, ohne sich vom Ritual der Distanzierung beeindruckt lassen zu wollen.

Der antikapitalistische Teil der Globalisierungsbewegung ist viel größer als es hier in der BRD erscheint. Netzwerke wie Peoples' Global Action sind hierzulande bisher medial selten in Erscheinung getreten. Sie wollen auch bewußt dezentral und nichthierarchisch arbeiten, und gerade nicht wie Parteien oder viele regierungsberatende Nichtregierungsorganisationen (es gibt auch einige brauchbare NGOs) eine intensive Pressearbeit betreiben, sondern von unten agieren.

Nicht nur in den Ländern des Südens wurde die Rolle vieler NGOs ab Mitte der Neunziger Jahre äußerst kritisch gesehen. [...] Spätestens bei der Weltklimakonferenz 1995 in Berlin oder der Weltfrauenkonferenz in Beijing wurde deutlich, daß die meisten NGOs dabei das Wesentliche völlig aus den Augen verloren: das unveränderte Fortbestehen der weltweit ungerechten Machtverhältnisse trotz einer hartumkämpften veränderten Formulierung in Kapitel 4, Absatz 2. Auch das Bekenntnis auf dem Papier, die CO₂-Werte zu reduzieren, ändert wenig, genauso wenig wie die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte heute einer Afghanin oder einem Afghanin hilft, die Bomben auf Kabul zu verhindern oder einem Flüchtling im Abschiebegefängnis des Flughafens Frankfurt/Main das Leben rettet. Die an den UNO-Konferenzen und IWF-/Weltbank-Gipfeln teilnehmenden NGOs dienen sehr schnell zur Legitimation für das Weiterbestehen, ihre Kritik blieb moderat, sonst wären sie ja nicht wieder eingeladen worden. Die Schuldeninitiative 1999, die bei den Kölner Gipfeln 1999 als Verhandlungserfolg präsentiert wurde, wurde anfangs von Nichtregierungsorganisationen wie WEED begrüßt. Erst später folgte verhaltene Kritik (Schuldenerlaß nur für einige der ärmsten Länder).

[...] Die Mobilisierungsbasis von Attac ist nach wie vor gering, es gelingt zwar viele Menschen aus der Mittelschicht anzusprechen und das bereits vorhandene Interesse für die Thematik Globalisierung auszubauen, eine Handlungsoption bis auf die Aneignung von Wissen und das Besuchen von Demos und Kongressen fehlt jedoch größtenteils. Eine Steueroase auf einem Hamburger Gewässer schwimmen zu lassen

ist zwar originell, kratzt aber nicht wirklich am Establishment. Genauso können sich auch führende WirtschaftsexpertInnen für die Tobin-Steuer erwärmen, denn auch Wirtschaftsnobelpreisträger James Stiglitz sieht die Reformbedürftigkeit des Internationalen Währungsfonds (IWF) gegeben, und Finanzkrisen wie in Asien wollen fast alle künftig vermeiden. [...] Das heißt, die vom Wirtschaftsnobelpreisträger und Neoknesianer James Tobin entwickelte Tobin-Steuer läßt mit einer Stabilisierung der Finanzmärkte unter Umständen den Kapitalismus noch besser funktionieren, da die Spekulation verringert wird, und läßt sich so prima im Zuge einer Modernisierung des bereits vor dem Kriege augenscheinlich kriselnden Ladens einbauen, damit auch ja die Sicherung des Wohlstandes in den Industriestaaten trotz Hungerrevolten im Süden gewährleistet bleibt.

Simulation von Basisbeteiligung

Attac hierzulande ist nicht nur wegen dieser möglichen Modernisierungsrolle mit der Partei der Grünen vergleichbar: das bundesweite Netzwerk versteht sich als eine Sammlungsbewegung (von kirchlichen Gruppen bis zu antikapitalistischen Kreisen wird immer wieder betont), mit ganz vielen Ortsgruppen und Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themen und regelmäßigen Ratschlägen, eine Simulation von Basisbeteiligung, denn der Vorstand und die PressesprecherInnen fällen die Entscheidungen, auch wenn sie einigen Mitgliedern gegen den Strich gehen. Und so stellte die Grünen-Vorsitzende Müller im taz-Gespräch mit Attac-Vertreter Sven Giegold erstaunt fest: „Ihr seid ja so gemäßigt“, sehr zum Unmut einiger Mitglieder, die doch gerne „Sand im Getriebe des Finanzkapitals“ sein wollen. Und die zahlreichen Verreinnahmungen von Seiten der Regierenden (Cohn-Bendit, Schröder) zeigten die Freude, auch mal ein paar pflegeleichte Demonstrierende vor sich zu haben [...]

Keine Abgrenzung!

Dennoch wäre eine Forderung nach Abgrenzung gegenüber Attac (wie sie einige taktisch Unkluge auch bei indymedia forderten) völlig verfehlt. Nicht weil auf dem Attac-Kongreß großzügig auch Kritik zugelassen ist (fels für eine linke Strömung) und der BUKO-Arbeitskreis Weltwirtschaft (Bundeskongreß entwicklungs-politischer Aktionsgruppen) bieten kritische Arbeitsgruppen an), son-

dern weil eine Spaltung innerhalb der Protestbewegung(en) in den jetzigen Kriegszeiten den staatlichen Repressionsorganen nur zu gelegen käme. Sie würden am liebsten alle zu TerroristInnen erklären die auch nur einen Hauch Kritik an der „zivilisierten Welt“ äußern wollen. Die Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung ist erst im Aufbau begriffen, mehr Leute müssen sich anschließen und gemeinsam ein Verständnis zwischen ihrer Situation vor Ort und den Zusammenhängen zum Rest der Welt entwickeln. Eine kritische Auseinandersetzung mit ganz vielen ist gefragt. Aufgrund der Gefahr einer Naeh zu antisemitischen Argumentationsmustern beim Thema Finanzmärkte ist jedoch eine klare Abgrenzung gegen Antisemitismus und Nationalismus notwendig, wie auch gegen Rassismus und Sexismus.

Am 1. Januar 1994 begannen die ZapatistInnen ihren Aufstand und riefen dazu auf, eine neue Welt zu schaffen, ohne die Macht zu erobern. Dies bedeutete eine grundlegend neue Politikform, kein Mitregieren, die eben auch der Tatsache Rechnung trug, daß 1989 die Mauer gefallen war und gemeinsam ein neuer Weg zur Gesellschaftsveränderung gefunden werden muß. Eine fundierte antikapitalistische Position, eine ausführliche Analyse der jetzigen Kriegs-Situation muß noch immer erst gemeinsam diskutiert und erarbeitet werden, damit sie sichtbar gemacht werden kann. Es gibt auch hier in der BRD viele die diese Arbeit schon begonnen haben, auch wenn unverbesserliche KritikerInnen behaupten, die Globalisierungsbewegung hätte keine Ahnung von Kapitalismuskritik. „Es mutet reichlich merkwürdig an“, schreiben dagegen Norbert Trenkle und Ernst Lohoff, „wenn demgegenüber den Kritikern nichts einfällt, als den Protestierenden einfach nur ihre ideologischen Verkürzungen und Verkehrungen vorzuhalten, ohne selbst auch nur im mindesten Antworten auf die Fragen geben zu können, an denen sich der Protest entzündet. Sie projizieren damit ihr eigenes Versagen als Anspruch auf jene, die ihn natürlich niemals unmittelbar einlösen können“ (in: Jungle World 33/2001). Fangen wir zumindest gemeinsam an, Antworten auf die Fragen zu suchen.

<http://de.indymedia.org/2001/10/9473.html>

Polizeirazzia Forts.

gehen kann“, empört sich die Online-Aktivistin.

Bei den Durchsuchungen entstand erheblicher Sachschaden. Im Frankfurter Dritte-Welt-Haus, in dem sich neben den Büroräumen von Libertad! auch Räume von amnesty international und zahlreicher Initiativen befinden, wurden sämtliche Türen aufgebrochen. Obwohl der Betreiber von libertad.de die Beamten darauf hingewiesen hatte, wurde der Vorstand des Dritte-Welt-Hauses nicht informiert. Stattdessen zogen es die Beamten vor, die Eingangstür einzuschlagen. Entgegen dem Durchsuchungsbeschluss ließen sich die Beamten auch durch herbeigeeilte Vorstandsmitglieder nicht davon abbringen, die Räume der übrigen Initiativen ebenfalls zu durchkämmen.

Die seit 1993 bestehende Initiative Libertad!, die sich für politische Gefangene einsetzt, sieht ihre Arbeit durch die Beschlagnehmung von zehn Computern und wichtiger Unterlagen stark beeinträchtigt. Auf der Homepage der Online-DemonstrantInnen unterdessen ist ein Software-Bausatz für Online-Demonstrationen ins Netz gestellt worden. „Wir hoffen, dass eProtest im Zeitalter von eCommerce Schule macht“, erklärte Anne Morell, „und wir rufen alle DemokratInnen und AbschiebegegnerInnen dazu auf, online und offline gegen diese kleingeistige Polizeistaatsmentalität zu protestieren.“

[...]

Stop Deportation Business

Die Kampagne gegen Abschiebungen erhielt durch die Online-Demonstration eine grosse Publizität; weiteren Aufschwung bekam sie vor allem durch Aktionstage während des antirassistischen Grenzcamps am Flughafen Frankfurt/Main im Juli 2001. Ein unmittelbarer Erfolg dieses politischen Drucks ist der Rückzug der rumänischen Fluggesellschaft TAROM vom Geschäft mit der Abschiebung. [...]

<http://de.indymedia.org/2001/10/9387.html>

Indymedia ist unabhängige nicht-kommerzielle Berichterstattung von unten über wichtige soziale und politische Themen vor Ort und weltweit. Hunderte von Medieninitiativen und AktivistInnen sind daran beteiligt. Indymedia ist ein internationales hierarchiefreies Netzwerk und versteht sich als Teil des weltweiten Widerstands gegen die kapitalistische Globalisierung.